

(Wahl)versprechen der AfD

8. Februar 2025

Inhaltsverzeichnis

1	Verhalten der AfD	3
1.1	Versprechen und Taten der AfD	3
1.1.1	Alice Weidel: Höckes Nähe zum Nationalsozialismus	3
1.1.2	Mordphantasien	3
1.1.3	Remigration	3
1.1.4	Gegen die Einführung des Mindestlohns	3
1.1.5	Tariftreue abschaffen	4
1.1.6	Tarifvorbehalt streichen	4
1.1.7	Keine Mietpreisbremse oder Mietendeckel	4
1.1.8	Rente	5
1.1.9	Türkei und Rojava	5
1.1.10	AfD ist für Abschaffung der Erbschaftssteuer	5
1.1.11	Gute Quelle von DGB	6
1.2	Rhetorische Fragen an die AfD	6

1 Verhalten der AfD

1.1 Versprechen und Taten der AfD

1.1.1 Alice Weidel: Höckes Nähe zum Nationalsozialismus

Alice Weidel hat Björn Höcke eine „übergroße Nähe zum Nationalsozialismus„attestiert.

Quellen:

<https://taz.de/Parteiausschluss-gescheitert/!5504681/>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/machtkampf-afd-spitze-soll-hoecke-mit-hitler-vergleichen-3457362>

1.1.2 Mordphantasien

1) Beatrix Storch (AfD) wollte (will?) auf Flüchtlinge (Frauen und Kinder) schießen

Will die AfD (Auf Flüchtlinge Draufhalten) auf auf Flüchtlinge (Frauen und Kinder) ballern bzw. will sie den Schiessbefehl (DDR)?

Quellen:

<https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/beatrix-von-storch-afd-vizechefin-will-p.html>

<https://www.vice.com/de/article/beatrix-von-storch-hat-der-bbc-eines-der-absurdesten-interviewe>

2) Der langjährige Pressesprecher der AfD hat in einem vermeintlich vertraulichen Gespräch darüber schwadroniert, man könne Migranten „erschießen“ oder „vergasen“.

Quellen:

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/christian-lueth-afd-alexander-gauland-menschenkomplettansicht>

1.1.3 Remigration

Quellen:

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd->

1.1.4 Gegen die Einführung des Mindestlohns

1) Die AfD war (heute nicht mehr) gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Vor der Verabschiedung des Grundsatzprogramms sagte etwa die damalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry laut einer Pressemitteilung vom April 2015, der gesetzliche Mindestlohn sei ein „Jobkiller-Gesetz“.

Quellen:

<https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/afd-will-mindestlohn-nicht-abschaffen-faktenfuchs,Tqru9qP>

<https://www.boell.de/sites/default/files/2016-6-wie-sozial-ist-die-afd.pdf>

AfD Sachsen:

https://m.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/700203590108828/?locale=sk_SK

2) Gegen die Erhöhung des Mindestlohns Der Bundestag hat am Donnerstag, 9. November 2023 (mit der breiten Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/CSU und AfD), gegen die Forderung der

1 Verhalten der AfD

Fraktion Die Linke nach einer Erhöhung des Mindestlohns gestimmt.

Der entsprechende Antrag mit dem Titel „Gesetzlichen Mindestlohn gemäß EU-Mindestlohnrichtlinie erhöhen“ (20/ wurde mit der breiten Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/CSU und AfD gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Abstimmung lag eine Beschlussvorlage des Ausschusses für Arbeit und Soziales (20/7670) zugrunde. Ebenfalls mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt wurde auf Basis einer weiteren Empfehlung des Ausschusses (20/8920) der Antrag der Linksfraktion mit dem Titel „Selbstständige Existenzsicherung von Frauen fördern-Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen“ (20/5876). Ein erstmals vorgelegter Antrag der Fraktion (20/9132) mit dem Titel „Gesetzlichen Mindestlohn jetzt auf 14 Euro erhöhen“ wurde im Anschluss an die Debatte an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

Quelle:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw45-de-mindestlohn-973140>

3) Ausnahmen beim Mindestlohn

Die AfD-Fraktion fordert für landwirtschaftliche Betriebe mit Sonderkulturen eine branchenspezifische Ausnahmeregelung beim gesetzlichen Mindestlohn für Saisonmitarbeiter aus dem Ausland.

Manch einer denkt: „Das trifft jetzt nur Ausländer.“ Aber Vorsicht: bei der nächsten kapitalistischen Krise, wenn die Löhne „sehr zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit geht“. dann sind auch die „Deutschen“ mit ihren „hohen Löhnen“ dran.

Quelle:

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1010234>

1.1.5 Tariftreue abschaffen

Öffentliche Auftraggeber dürfen danach öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die ihren Beschäftigten das festgesetzte Mindestentgelt bezahlen und sich tariftreu verhalten.

Quelle:

<https://www.staatsanzeiger.de/debatten-im-landtag/afd-will-tariftreue-und-mindestlohn-gesetz-ab>

1.1.6 Tarifvorbehalt streichen

Jürgen Pohl, Bundestagsabgeordneter der AfD, will im Namen seiner Partei, den sogenannten „Tarifvorbehalt § 77 Ziff 3“ im Betriebsverfassungsgesetz streichen. Diese Regelung besagt, dass Betriebsräte keine betrieblichen Vereinbarungen zu Dingen abschließen dürfen, die in einem Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise vereinbart werden. Dazu gehören z. B. die Höhe der Entgelte oder die wöchentliche Arbeitszeit. Der „Tarifvorbehalt“ soll verhindern, dass der Betriebsrat Betriebsvereinbarungen abschließt, die schlechter sind als der vereinbarte Tarifvertrag.

Der AfD-Vorschlag wäre somit nicht nur ein Freifahrtschein für die Erpressung von Betriebsräten zu betrieblichen Einzelvereinbarungen, die die Leistungen des Tarifvertrags verschlechtern. Das Ergebnis zöge außerdem faktisch die Auflösung der Flächentarifverträge nach sich.

Quelle:

<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20100.pdf>

1.1.7 Keine Mietpreisbremse oder Mietendeckel

Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.

Quelle:

<https://web.archive.org/web/20230709053629/https://www.afd.de/wahlprogramm-bauen-wohnen-mieten>

1.1.8 Rente

„Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren“

Quelle:

<https://nrw.dgb.de/++co++6e279d08-f340-11ee-b3d8-878f31588e64>

siehe dort unter Downloads: Wohin will die AfD mit der Rente? Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie den Arzt oder Apotheker ? oder direkt Ihre Gewerkschaft (PDF, 164 kB) (PDF, 164 kB)

1.1.9 Türkei und Rojava

Zur Info: Verschiedene Parteien und Gruppen haben u.a. beim Angriff des IS (islamischer Staat) auf das emanzipatorische Projekt in Rojava (in dem versucht wurde, die Türe einen Spalt weit in eine menschenwürdige Zukunft zu öffnen) unterstützt und deshalb Geld für Waffen gesammelt, um dort den Volksverteidigungseinheiten YPG zu helfen, die am Mutigsten gegen die Halsabschneider der IS-Terroristen gekämpft haben.

Erdogans "Grenzschrützer" haben geholfen IS-Mitglieder nach Europa durchzuschleusen, damit diese dort Massaker (wie auf dem Berliner Weihnachtsmarkt) verüben können. Ex-Aussenminister Sigmar Gabriel (SPD) hat 2018 nach dem Angriffskrieg des Terrorpaten Erdogan auf Afrin weiterhin - als Mitglied der damaligen Bundesregierung - und als Waffendealer noch mitgeholfen Waffen an den Aggressor Türkei zu exportieren. Wie die AfD mit emanzipatorischen Projekten (wie z.B. Rojava) umgeht und wie sie Täter zu Opfern macht, kann man an Personen wie dem AfD-Mitglied und MdB Petr Bystron erkennen: „?Ich kann die Argumente der Türkei für die Afrin-Operation verstehen“

Quelle:

<https://didf-jugend.de/afd-politiker-staerkt-der-akp-den-ruecken/> An die Partei „Die Linke“ im Bundestag gewandt: „Sie finanzieren seit Jahren die Linksterroristen in Kurdistan mit. Mit Ihrem Geld werden Waffen gekauft, mit denen Hunderte unschuldiger Menschen getötet werden“

Quelle: (ab Min 4:16)

<https://www.youtube.com/watch?v=5JjyUqt-tI8>

1.1.10 AfD ist für Abschaffung der Erbschaftssteuer

Quelle: Stephan Brandner (seit Dezember 2019 stellvertretender Bundessprecher der AfD)

<https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/stephan-brandner/fragen-antworten/warum-ist-die-afd-f>

Quelle:

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-942906>

Zur Info:

Erbschaftssteuerregelung für Familienunternehmen ist 2009 unter SPD-Finanzminister Steinbrück eingeführt worden. Da dadurch kaum mehr Erbschaftssteuern gezahlt wurden, hat es Klagen gegeben. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht beschlossen, dieses Gesetz zu überarbeiten. 2016 wurde dann ein Gesetz beschlossen, durch das dem Staat jedes Jahr über 10 Mrd. an Einnahmen entgehen. U.a. wurde beschlossen:

Verschonungsbedarfüberprüfungsmodell:

Beispiel:

Vater besitzt Vermögen im Wert von 5 Mrd und Sohn Vermögen im Wert von 5 Mio. Wenn der Sohn die Hälfte seines Vermögens ans Finanzamt zahlt, sind die 5 Mrd. steuerfrei.

Das bedeutete für 2021 :

Für Schenkungen von oberhalb von 20 Mio, d.h: 16,7 Mrd sind 451 Mio Steuern gezahlt worden, also ein Steuersatz von weniger als 3 Prozent . Das ist möglich durch dieses Modell.

Quellen:

<https://www.youtube.com/watch?v=k72g7Sc90ZQ&t=1686s> Min 28:58 Prof Hartmann

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=88116>

<https://www.ihk-muenchen.de/de/Service/Recht-und-Steuern/Steuerrecht/Erbschaftsteuer/Erbschaft>

1 Verhalten der AfD

E2%80%8Er-f%C3%BCr-Unternehmen/

<https://www.steuerschroeder.de/blog/steuerbefreiung-fuer-betriebsvermoegen-%C2%A7-13a-%C2%A7-13b-erbstg/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Verschonungsbedarfspr%C3%BCfung>

1.1.11 Gute Quelle von DGB

<https://nrw.dgb.de/++co++6e279d08-f340-11ee-b3d8-878f31588e64>

1.2 Rhetorische Fragen an die AfD

1) Remigration

Wohin will die AfD eigentlich die Männer Deutschlands remigrieren? Diese sind doch maßgeblich an Verbrechen beteiligt. 95% der Knastinsassen sind schließlich Männer.

2) Vorfahren

„Aber irgendwann ist auch bei uns die Geduld am Ende, dann bricht der legendäre ”Furor teutonicus” hervor, vor dem die alten Römer schon gezittert haben. (212) “

Quelle:

https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/H%C3%B6cke_Bj%C3%B6rn_Nie_zweimal_in_denselben_Fluss_Zitate-1.pdf

Will sich Höcke in diesem Zitat auf seine ”deutschen Vorfahren”, die Kimbern und Teutonen beziehen, die Wirtschaftsflüchtlinge und Verbrecher („Messermänner“) waren, die während der Völkerwanderung bei ihren „Besuchen“ andere Stämme überfielen und ausraubten.

Quelle:

Althistoriker Klaus Rosen in „Hör zu (7/2004)“